



## Auszug aus dem substantziellen Protokoll 180. Ratssitzung vom 4. März 2026

5898. 2026/30

**Dringliches Postulat von Micha Amstad (SP), Pascal Lamprecht (SP) und Sofia Karakostas (SP) vom 21.01.2026:  
Verhinderung des nachteiligen Parkregimes für die Mitarbeitenden des Flughafens Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Micha Amstad (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5731/2026): Die Arbeitsbedingungen am Flughafen Zürich sind prekär. Die körperlich und psychisch enorm anstrengende Tätigkeit muss unter grossem Zeitdruck, zu unregelmässigen Schichtarbeitszeiten und für sehr tiefe Löhne ausgeführt werden. Die Flughafen Zürich AG (FZAG) knöpft ihren Angestellten sogar Geld für das Parkieren ihrer Velos ab. Nun plant die FZAG, die als gemischtwirtschaftliches Unternehmen zu wesentlichen Teilen dem Kanton und der Stadt Zürich gehört, die Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern. Das ist inakzeptabel. Konkret will sie per Mai 2026 ein neues Parkregime für die Beschäftigten einführen. Die Preise sollen um bis zu 150 Prozent erhöht und die Leistungen, insbesondere die maximale Parkdauer, eingeschränkt werden. Als Begründung führen die Verantwortlichen an, auf das grössere Kundenaufkommen reagieren zu müssen. Es ist klar, dass durch diese Massnahmen der Gewinn auf Kosten der Beschäftigten weiter maximiert werden soll. Es geht der FZAG nicht darum, Parkplätze einzusparen. Sie will im Gegenteil mehr Bewegung in den Parkhäusern und höhere Einnahmen. Dass ein Unternehmen wie der Flughafen Zürich, der massive Gewinne erwirtschaftet und zu relevanten Teilen in öffentlicher Hand liegt, ein solches Vorhaben ohne Verhandlungen mit den Sozialpartnern durchsetzen will, ist inakzeptabel. Dementsprechend wehren sich die Beschäftigten: Sie haben eine Petition mit 5000 Unterschriften bei der Geschäftsleitung eingereicht, um das neue Parkregime zu verhindern. Die Stadt Zürich als zweitgrösste Aktionärin muss ihrer Verantwortung gegenüber dem Personal gerecht werden. Dazu ist sie gemäss Eigentümerstrategie verpflichtet: «Die Stadt Zürich setzt sich dafür ein, dass die Flughafen Zürich AG sich ihren Mitarbeitenden gegenüber als soziale und verantwortungsvolle Arbeitgeberin verhält.» Mit dem geplanten Vorgehen tut sie genau das Gegenteil. Der Stadtrat soll dem neuen Parkregime den Rücken kehren.*

**Sandra Gallizzi (EVP) begründet den von Karin Weyermann (Die Mitte) namens der Die Mitte/EVP-Fraktion am 4. Februar 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Die Debatte**



*um Personalparkplätze am Flughafen Zürich zeigt einmal mehr, wie selektiv politische Grundsätze angewendet werden. Aus Sicht einer liberalen Politik, wie sie die Fraktion Die Mitte/EVP vertritt, ist die Anpassung des Parkregimes durch die private FZAG an einem so exzellent erschlossenen Standort folgerichtig und nachvollziehbar. Der Flughafen Zürich verfügt über eine Anbindung des Öffentlichen Verkehrs (ÖV), die weltweit ihresgleichen sucht. Es entspricht nicht den Tatsachen, dass diese Massnahme pauschal nur die kleinen Angestellten trifft. Ein Grossteil der Belegschaft arbeitet zu Bürozeiten und kann problemlos auf Bahn und Bus umsteigen. Dass für das Flugpersonal im Schichtdienst, das tatsächlich zu Unzeiten arbeitet, weiterhin Lösungen bestehen, zeigt, dass differenziert und nicht mit der Giesskanne vorgegangen wird. Betreffend der 36-Stunden-Regelung, die im Postulat als Verschlechterung angeprangert wird: Es handelt sich dabei faktisch um die Unterbindung von kostenlosem Urlaubsparking. Wenn Mitarbeitende ihr Auto zehn Tage lang parkieren können, blockieren sie Raum für andere Schichtarbeitende. Die Reduktion auf 36 Stunden stellt sicher, dass der Parkplatz für den Arbeitsweg und nicht für Ferien genutzt wird. Das ist eine Frage der Fairness gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, die für ihre Schichtarbeit tatsächlich auf einen freien Platz angewiesen sind. Besonders irritierend und ein Paradebeispiel für politische Inkonsistenz ist die heutige Rolle der SP: Einerseits fordert die Linke in der Stadt die konsequente Eliminierung von Parkplätzen und die Verteuerung des privaten Autobesitzes; oft ohne Rücksicht darauf, ob eine echte Notwendigkeit besteht. Geht es aber um den Flughafen, wird plötzlich ein Herz fürs Auto entdeckt und günstiges Parkieren eingefordert. Diese politische Doppelmoral ist wenig glaubwürdig. Wenn wir die Verkehrswende wollen, müssen wir sie dort konsequent umsetzen, wo sie am wenigsten schmerzt, zum Beispiel an einem perfekt vernetzten Ort wie dem Flughafen. Boden ist ein kostbares Gut. Ihn für stehendes Blech zu verschwenden, wenn der Zug direkt darunter fährt, ist schlicht nicht zeitgemäss. Die unternehmerische Freiheit der FZAG ist zu respektieren. Die Stadt sollte ihre Rolle als Miteigentümerin nutzen, um für faire Löhne und gute Gesamtarbeitsverträge zu sorgen, anstatt sich in die Parkraumbewirtschaftung einzumischen. Gewinne sollten in nachhaltige Infrastruktur und faire Löhne fliessen, nicht in die Subventionierung von Autoparkplätzen. Während wir die Intervention beim Auto ablehnen, unterstützen wir das Anliegen der gebührenfreien Veloparkplätze für Mitarbeitende. Es gibt zwar bereits öffentliche kostenlose Veloparkplätze, doch hinsichtlich ihrer Anzahl und Qualität – Sicherheit, Witterungsschutz und Kosten für gesicherte Anlagen – besteht noch Verbesserungspotenzial.*

Weitere Wortmeldungen:

**Stephan Iten (SVP):** *Heute ist ein goldiger Tag. Die SP setzt sich für Parkplätze ein. Das tut sie natürlich auf Aufforderung des Schweizerischen Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD). Dessen Medienmitteilung zum Thema hat mich zum Schmunzeln gebracht. Was ihr in diesem Postulat fordert, liebe SP, ist widersprüchlich und scheinheilig. Wie oft haben wir euch gewarnt, dass die politisch gewollte Parkplatzteuerung den Schichtarbeitern schadet? Die Stadt baut weiterhin Parkplätze ab, ohne auf die Interessen dieser Arbeiter zu achten. Ich kann mich auch daran erinnern, dass Links-Grün beim Gesundheitscluster Lengg ein Fahrtenmodell erzwungen hat, sodass die betroffenen Schichtarbeiter der Pflege nicht mehr genügend Parkplätze zur Verfügung haben. Ich will*



*auch etwas zu den Fakten sagen. Die Zahl von rund 15 000 Mitarbeitern ist übertrieben. Ohne eine exakte Zahl zu nennen, lässt sich festhalten, dass die Mehrheit des Personals mit Parkplatzbedarf am Flughafen Teil des Schicht- oder Flugpersonals ist. Gerade diese beiden Gruppen sind von der Preisanpassung explizit ausgenommen. Für sie gibt es also keine Preiserhöhung. Auch die Aussage von 200 Franken Parkgebühren pro Monat ist so nicht korrekt. Es gibt weiterhin deutlich günstigere Mitarbeiterparkplätze, bspw. im Parkhaus P6, wo eine Dauerkarte für Schichtarbeiter und Flugpersonal pro Monat weiterhin maximal 120 Franken kostet. Es stimmt nicht, dass die Schichtarbeiter und das Flugpersonal toben. Es toben diejenigen, die eigentlich mit dem ÖV oder Velo anreisen könnten und jetzt ihre Privilegien verlieren oder ab Mai 2026 mehr für den Parkplatz zahlen müssen. Genau das verlangt die SP ständig von der städtischen Bevölkerung. Euch ist egal, wie viel diese Leute für einen Parkplatz zahlen müssen. Wir lehnen dieses Postulat ab, weil es widersprüchlich, scheinheilig und zynisch ist. Die Stadt Zürich hat am Flughafen, was die Parkplätze betrifft, nichts mitzureden. Das müsst ihr euch mal vorstellen: Der zukünftige Stadtpräsident Ueli Bamert (SVP) geht im Namen der Stadt Zürich zur FZAG und macht dem Verwaltungsrat Druck, genügend günstige Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Der Verwaltungsrat lacht sich kaputt, wenn wir einen solchen Antrag stellen.*

**Tanja Maag (AL):** *Stellen Sie sich vor, der neue SP-Stadtpräsident Raphael Golta (SP) würde im Verwaltungsrat einsitzen und dort tatsächlich die Punkte der Eigentümerstrategie durchsetzen. Es ist Aufgabe des Stadtrats und seiner Vertretung, im Gremium diese Interessen zu platzieren und zu schauen, dass die FZAG, an der die Stadt Zürich beteiligt ist, die Interessen des Personals ernst nimmt. Wir wollten die Beteiligung an der FZAG loswerden. Heute wird einmal mehr klar, wie müssig es ist, immer wieder darüber zu diskutieren. Inhaltlich unterstützen wir dieses Postulat, weil die FZAG nicht bereit ist, sich mit Sozialpartner\*innen an den Tisch zu setzen und die Interessen des Personals ernst zu nehmen. Ich gehe nicht weiter auf Einzelheiten zur Parkkartenverordnung der Stadt Zürich ein. Es ist tatsächlich so, dass es Schichtarbeitende gibt, die jetzt eine Benachteiligung erfahren, da sie aufgrund ihrer Arbeitszeiten nicht in der Lage sind, mit dem ÖV anzureisen. Wir haben diskutiert, ob es Sinn macht, das Postulat zu unterstützen, weil ein grosser Teil der Belegschaft von 8 Uhr bis 17 Uhr arbeitet und mit dem ÖV anreisen müsste. Wir haben uns aber entschieden und stimmen dem Postulat zu.*

**Derek Richter (SVP):** *In meiner Brust schlagen im Moment zwei Herzen: Eines schlägt für die Angestellten des Flughafens, deren Löhne zum Teil wirklich miserabel sind. Das andere ist bloss froh, dass die Stadt Zürich am Flughafen nichts zu melden hat. Seit 35 Jahren habe ich als Kunde, Lieferant und Beschäftigter mit dem Flughafen zu tun. Jedes Jahr wird es dort schlimmer. Auch am grössten Flughafen der Schweiz wurde das Auto zur Milchkuh degradiert. Am 12. September 2025 konnten wir im Rahmen des Brückenschlags mit Uri den Flughafen besuchen. Ich habe dem CEO zwei Fragen gestellt: Ist der Rekordgewinn, den die Flughafen Zürich AG realisieren konnte, unter anderem zustande gekommen, weil sie die teuersten Parkplätze weltweit hat? Als Antwort kamen nur Ausflüchte. Die zweite Frage war: Auf welche rechtlichen Grundlagen stützen sich die Parkgebühren für Velo und Roller? Hierzu kam überhaupt keine Antwort. Daran zeigt sich wieder einmal, dass eine Monopolstellung zu Arroganz führt. Mehrere Medien haben*



über diesen Missstand berichtet. «*Inside Paradeplatz*» hat am 3. April 2025 getitelt: «*Gieriges Zürich-Kloten: Neu 4 Franken für 5 Minuten Parking*». Am 25. Dezember 2025 hat uns der Vertreter des VPOD Luftverkehr eine E-Mail geschrieben. Er hat bei mir offene Türen eingerannt und ich habe ihm meine Zusage zugesichert. Die Stadt Zürich hat leider eine Beteiligung von 5 Prozent an der FZAG. Wäre die Motion GR Nr. 2017/244 von Roger Liebi (SVP) und Markus Knauss (Grüne) angenommen worden, könnten wir uns die Diskussion sparen. Doch die SP hat den Vorstoss abgelehnt. Man hätte einen schönen Gewinn realisieren können, aber man wollte nicht.

**Andreas Egli (FDP):** Als ich das Postulat gelesen habe, dachte ich, es handle sich um einen Witz. Wahrscheinlich ist die SP auf das Stichwort Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angesprungen. Sie hat wohl nicht mitbekommen, dass die von ihr mitveranlasste Verdreifachung der Gebührenpreise für die Blaue Zone in der Stadt Zürich vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrifft. Die SP will also keine günstigen Parkgebühren für die Bevölkerung der Stadt Zürich, sondern setzt sich nur für die Mitarbeitenden des Flughafens ein. Sinn ergibt dies nicht. Ich kann mir auch nur schlecht vorstellen, wie der zukünftige Stadtpräsident Pärparim Avdili (FDP) diesen Vorstoss dem Verwaltungsrat vorlegt, geschweige denn, dass letzterer die Idee ernst nimmt. Grundsätzlich begrüssen wir günstige Parkplatzpreise. Doch in dieser Situation ist es die Sache der Sozialpartnerschaft von Angestellten und Arbeitgeber, eine Lösung zu finden. Das Parlament ist kein verlängerter Arm des VPOD. Die SP wünscht sich das vielleicht, wir aber nicht. Wir vertreten die Stadt und ihre Interessen. Diese Trennung gilt es einzuhalten, wofür eine Feinfühligkeit bezüglich möglicher Interessenkonflikte nötig ist. Diese Fähigkeit fehlt euch offenbar. Das Postulat wird wahrscheinlich erreichen, dass der Verwaltungsrat in Kloten das tut, was ein Verwaltungsrat in Kloten tun muss: Er wird anerkennen, dass der Boden am Flughafen seinen Preis hat und dass alle, die nicht mit dem ÖV anreisen, dafür bezahlen müssen. Das halte ich persönlich für vertretbar. Diejenigen, die gezwungenermassen einen Parkplatz belegen, werden in der Vertragsverhandlung darüber diskutieren müssen, ob die Preiserhöhung richtig ist und ob sie zu diesem Preis nach Kloten zur Arbeit fahren wollen. Wir sind zwar für günstige Parkplätze, aber nicht dafür, dass die Stadt Zürich über den VPOD in Kloten Einfluss nimmt. Darum lehnen wir das Postulat ab.

**Samuel Balsiger (SVP):** Wie widersprüchlich es ist, dass sich die Postulanten eigentlich dem Kampf gegen Parkplätze verschrieben haben, nun aber anscheinend wollen, dass man mit dem Auto zum Flughafen fährt, hat der Sprecher der FDP ausgeführt. Woher dieses widersprüchliche Verhalten kommt, kann ich erklären. Die SP wirft der FDP Bestechlichkeit vor. Wir fragen uns tatsächlich, woher das viele Geld kommt, das die FDP für den Wahlkampf aufgewendet hat. Doch die SP kann es sich nicht leisten, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Ein grosser Teil des Geldes der SP kommt von den Gewerkschaften. Bekanntlich befiehlt, wer zahlt. So geschieht es, dass die SP sich plötzlich für mehr Flüge und günstigere Parkplätze einsetzt. Die Gewerkschaften sind daran interessiert, dass die Personenfreizügigkeit bestehen bleibt. Ein richtiger Schweizer tritt eher nicht in eine Gewerkschaft ein, da unser Land anders aufgebaut ist, einen Arbeitsfrieden kennt und Arbeits- oder Generalstreiks nicht nötig hat. Bei Arbeitern aus dem Ausland ist



das anders. Je mehr Ausländer, desto mehr Mitgliederbeiträge kassieren die Gewerkschaften. Die SP wiederum hat ein grosses Interesse daran, dass die Gewerkschaften sie weiter finanzieren. Ich behaupte, dass da grosse Beträge fliessen, womöglich Hunderttausende Franken, die die SP einsteckt und für den Wahlkampf ausgibt. Legen Sie doch offen, wie viel Geld die Gewerkschaften Ihnen geben. Auch interessant wäre, wie viele SP-Mitglieder gleichzeitig Mitglied in der Gewerkschaft sind. Wir wissen, dass die Gewerkschaften die Schweizer Arbeitnehmer bezüglich der Personenfreizügigkeit verraten haben. Das Geld regiert bei der SP. Es geht nicht um kohärente Politik, sondern darum, der Gewerkschaft zu dienen. Bei Ihnen steht es nicht besser um die Transparenz.

**Markus Knauss (Grüne):** Es gibt Vorstösse, die aussichtslos sind, aber Sinn ergeben, da sie vielleicht Neues in die Diskussion einbringen. Das ist hier nicht der Fall. Die Vertretung der Stadt Zürich im Verwaltungsrat des Flughafens wird keinen Finger krümmen, um etwas an der Parkgebührenregelung zu ändern. Das wissen wir alle. Daher ist der Vorstoss bloss Teil der üblichen Klientelpolitik der SP. Das Ziel ist, dass alle Angestellten ihre Parkplatzprivilegien behalten können. Es geht vordergründig um Parkgebühren: Die öffentliche Hand hat Milliarden investiert, damit der Flughafen eine ÖV-Drehscheibe wird. Stephan Iten (SVP) hat darauf hingewiesen, dass sich für Schichtarbeitende an den Gebühren nichts ändert. Der Vorstoss zielt also ins Leere. Zusätzlich geht es um etwas, das ich in «20 Minuten» gelesen habe: VPOD-Sekretär Stefan Brülisauer hat sich beklagt, dass man bisher zehn Tage gratis parkieren konnte, während man in den Ferien war. Das beschäftigt mich an dieser Sache am meisten. Man wünscht sich also, dass die Angestellten günstiger in die Ferien fliegen können. Dabei ist doch auf der Webseite der SP zu lesen, dass sie Verantwortung für wirksamen Klimaschutz übernimmt und Zürichs Weg zu Netto-Null 2040 vorantreibt. Das passt nicht zusammen. Habt ihr keine internen Kontrollmechanismen, die solche offensichtlichen Widersprüche zwischen dem Parteiprogramm und einem Vorstoss erkennt? Am tragischsten finde ich, dass die Banalisierung des Fliegens in der SP-Fraktion mehrheitsfähig ist. Wir lehnen den Vorstoss ab.

**Markus Merki (GLP):** Über selektive Wahrnehmung und widersprüchliche Vorstösse wurde viel gesagt. Ich will einen anderen Punkt ansprechen: Der Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) schreibt der FZAG vor, dass bis zum Jahr 2030 der Modalsplit erreicht werden muss. Das bedeutet, dass 46 Prozent aller Personen – seien es Passagiere, Einkaufskunden oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – mit dem ÖV an den Flughafen gelangen müssen. Diese Zahl wurde im Jahr 2024 erfreulicherweise erreicht. Im Jahr 2013 lag sie noch bei 43 Prozent. Es ist eine unschöne Entwicklung, aber die Fluggastzahlen steigen auch in Zürich. So hat die FZAG ein grosses Interesse daran, den Modalsplit weiterhin einhalten zu können. Ich weiss nicht, ob im neuen SIL verschärfte Zahlen gelten werden. Die GLP ist klar der Meinung, dass man die Anreise mit dem Auto nicht fördern sollte, vor allem bei Personen, die zu Bürozeiten arbeiten. Weil das Schicht- und Flugpersonal ausgenommen ist, finden wir, dass man das Postulat nicht unterstützen soll.

**Pascal Lamprecht (SP):** Aus Sicht der SP muss die Stadt als Miteigentümerin Verantwortung übernehmen. Ich bin davon ausgegangen, dass wenigstens in diesem Zusammenhang Konsens herrscht, und bin ein wenig überrascht, dass es nicht alle so sehen.



6 / 6

*Uns war bewusst, dass das Wort Parkplatz im Postulat einige «triggern» würde. Es geht uns aber wirklich um die Personalpolitik, Sandra Gallizzi (EVP). Wir haben ein Herz für das Personal, nicht fürs Auto. Eine Rückkehr zum alten Regime verursacht weder mehr Flüge noch eine höhere Anzahl Parkplätze, Markus Knauss (Grüne). Etwas anderes haben wir nie gefordert. An die bürgerliche Seite: Unser Verhalten in der letzten Parkplatzdebatte zeigt, dass wir sehr wohl auf diejenigen achten, die aufs Auto angewiesen sind. Es gibt einen grossen Unterschied zwischen Parkplätzen im öffentlichen Raum und in einem privaten Parkhaus. Der Flughafen will bloss möglichst viel Rendite für das Einkaufszentrum «The Circle» abschöpfen. Die FDP findet das natürlich begrüssenswert. Die Argumentation der Flughafenangehörigen, die man in den Medien lesen konnte, ist heuchlerisch, wenn nicht schon verlogen. Es stimmt, dass man das bestehende Regime optimieren kann. Aber eine einseitige Verschlechterung für das Personal geht aus unserer Sicht nicht. Mir ist bewusst, dass der Verwaltungsrat den Vorstoss als Witz ansieht. Wir nehmen das in Kauf und engagieren uns umso lieber für die Mitarbeitenden am Flughafen.*

**Dr. David Garcia Nuñez (AL):** *Ich muss meine Verwunderung über einige der Äusserungen kundtun. Die SVP hat anscheinend entdeckt, dass sich politische Parteien für Interessen einsetzen. Ausgerechnet die Partei, die uns den Bundesrat mit dem Spitznamen «Ölbert» Röstli geschenkt hat, wundert sich über Lobbyismus im Parlament. Weiter ist es erstaunlich, dass die SVP findet, das Sponsoring der FDP sei Privatangelegenheit, während für Gelder auf linker Seite völlige Transparenz gelten müsse. Meine Partei und ich stehen für Transparenz ein. Die andere Seite verhält sich heuchlerisch. Der Flughafen gehört zu 5 Prozent uns, aber wir wissen alle, dass wir damit nicht viel beeinflussen können. Ich erinnere an mein Postulat, durch das sich unsere Vertretung im Verwaltungsrat für einen weniger brutalen Ablauf von Ausschaffungen hätte einsetzen sollen. Das hat sie nicht getan. Die Schlacht ist mehr als verloren. Ich finde es trotzdem gut, dass es im Rat Parteien gibt, die sich für die Interessen der Arbeiter\*innenklasse einsetzen. Es liegt es in der Verantwortung der Arbeitgeber, den Wegfall eines Goodies zu kompensieren.*

Das Dringliche Postulat wird mit 42 gegen 71 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat